

**Zeitschrift:** Rote Revue : sozialistische Monatsschrift  
**Herausgeber:** Sozialdemokratische Partei der Schweiz  
**Band:** 9 (1929-1930)  
**Heft:** 11

**Artikel:** Eine Abrüstungsinitiative?  
**Autor:** Nobs, Ernst  
**DOI:** <https://doi.org/10.5169/seals-330267>

### **Nutzungsbedingungen**

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

### **Conditions d'utilisation**

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

### **Terms of use**

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

**Download PDF:** 01.02.2025

**ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>**

Strickmaschine, mit der Konfektionsnäherei aus der Kleinwohnung, aus dem Sparherdzimmer, aber die 44-Stunden-Woche oder — Welch schöner Ausblick! — die 40-, die 38-Stunden-Woche für die Arbeiterinnen. Dann bleibt auch der Mutter noch Zeit für die Kinder vor und nach der Krippe, dem Kindergarten, dem Hort, der Schule — und ausreichende Mutterschaftsfürsorge mit Stillprämien, Stillpausen, Stillzimmern beim Betrieb, durch Sozialversicherung oder auf Kosten der Steuerträger, damit sich die Mutter dem Kleinsten widmen kann.

Mutterschaft und Frauenarbeit sind vereinbar, schon weil sie vereinbar sein müssen. Das alles sind keine Utopien, das alles ist zu erreichen. Ja, wir kennen sogar den Weg: er heißt Organisation. Wir kennen das Ziel: es heißt Sozialismus.

---

## Eine Abrüstungsinitiative?

Von *Ernst Nobs*, Zürich.

Genosse Dr. Frank-Zürich hat in den beiden letzten Nummern der «Roten Revue» nicht mehr und nicht weniger vorgeschlagen als eine Initiative auf vollständige Abrüstung des schweizerischen Militärwesens. Er hat dazu eine Menge von neben- und untergeordneten Gesichtspunkten erörtert, noch nie formulierte Fragen zur Diskussion gestellt und seinerseits beantwortet und auch eine ganze Anzahl neuer Ideen ausgesprochen. Eine solche Arbeit ist immer verdienstlich, auch wenn man nicht alle Fragestellungen als glücklich formuliert, nicht alle Vorschläge als empfehlenswert und nicht alles, was neu und originell erscheint, für befolgsam halten kann. Aus der Anwendung des Initiativrechts haben wir als Partei gewisse Erfahrungen gesammelt. Diese Erfahrungen besagen, daß wir nicht ohne weiteres und nicht in jedem beliebigen Zeitpunkt jede beliebige Frage auf dem Initiativweg vor den Volksscheid bringen dürfen. Hätte eine Möglichkeit bestanden, z. B. die jüngsten Flugzeugkredite durch ein Referendum vor die Volksabstimmung zu bringen, so wäre zweifelsohne diese Abstimmungssituation eine andere, und zwar eine viel günstigere, als wenn durch eine Initiative das ganze Wehrwesen auf einmal in Frage gestellt wird. Mit andern Worten: Es kommen hier eine Reihe Vorfragen methodischer Art zum Entscheid, über die sich Genosse Frank hinweggesetzt hat, als spielten sie überhaupt keine Rolle und als handelte es sich dabei um einen verächtlichen Opportunismus, der keinesfalls zur Erörterung stehe.

Darin erblicke ich nun aber einen Hauptmangel der Vorschläge des Genossen Frank. Da wir als Sozialdemokratische Partei den Militarismus ablehnen, keine Militärkredite bewilli-

gen und die totale Abrüstung herbeiführen wollen, schlußfolgert Genosse Frank, daß dieses Endziel schnurstracks und auf dem kürzesten Wege dem Volk zum Entscheid zu unterbreiten sei. Unsere politisch und gewerkschaftlich tätigen Genossen wissen zu gut, daß wir diesen Weg weder in den gewerkschaftlichen, noch in den politischen Kämpfen, noch sonst irgendwo in unserer kulturellen Arbeit zu beschreiten pflegen. Wo wir diesen Weg beschritten, hat er uns weder sofort ans Ziel geführt, noch uns propagandistisch, dem Aufwand entsprechend, genützt. Da wir die sachlichen Erfolge nicht erzwingen können, hängt schließlich alles davon ab, was wir propagandistisch erreichen. *Das wird zur Frage von entscheidender Bedeutung.* Wir finden uns mit einem augenblicklichen Mißerfolg in der Sache selber leicht ab, wenn der propagandistische Gewinn zu erreichen war. Das Initiativrecht ist zweifelsohne ein Propagandamittel allerersten Ranges. Allein wir haben erfahren, daß man von diesem Recht einen mehr oder weniger geschickten, einen propagandistisch mehr oder weniger wirksamen Gebrauch machen kann.

Genosse Dr. Frank erliegt der Täuschung, daß man mittels einer Initiative nicht nur ein bescheidenes, sondern ebensowohl ein weites Endziel in einem einzigen Anlauf durchsetzen könne, wenn man nur die Vorsicht habe, «ganz gewaltige Mittel» dafür einzusetzen. Wir haben nun solche Kämpfe bereits ausgefochten, in denen alle unsere Organisationen, unsere Publizistik, unsere Versammlungs- und Aufklärungsarbeit das Maximum an Aufwand geistiger und materieller Art aufgebracht haben. Die Erfahrung bewies, daß wir damit nichts erzwingen. Dies nicht einmal in sozialpolitisch untergeordneten Fragen! Wieviel weniger in den großen entscheidenden Prinzipienfragen!

Es gibt nun freilich im Gang der geschichtlichen Entwicklung Perioden von kürzerer Dauer, in denen Fortschritte sprunghafter Art von größter grundsätzlicher Tragweite urplötzlich möglich werden. Solche Zeitenwenden, wir heißen sie Revolutionen, treten selten ein. Sind sie da, ist vieles möglich, ja es scheint zuweilen, als ob im Rausch der ersten bahnbrechenden Erfolge, alles durchzusetzen wäre. Nichtsdestoweniger hat die sozialistische Bewegung gelernt, selbst diesen Zeiten mit ihren Augenblicksstimmungen zu mißtrauen, und sie hat gut daran getan, im trügerischen Augenblick nicht das Unmögliche zu wollen, sondern nur das durchzusetzen und möglichst stark durch Bollwerke zu sichern, was sie dauernd glaubte halten und sichern zu können. Heute stehen wir nicht in einer Geschichtsperiode dieser Art. Die vorwärts treibenden und die rückwärts bremsenden Kräfte in Europa halten sich die Waage. Es ist ein schweres Ringen auch in der Schweiz. Kei-

ner erwartet ein Wunder von diesem Tag. Auch nicht von den «ganz gewaltigen Machtmitteln», mit denen Genosse Frank die geschichtliche Entwicklung überlisten und forcieren will. Wir werden also nicht mit einem Schlag den Sozialismus, nicht auf einen Anhieb die Abrüstung «mit ganz gewaltigen Mitteln» durchsetzen können. Das sind Einbildungen. Bleiben wir zu diesen Zeiten, die so wenig den Stempel des Ungewöhnlichen tragen, bei den bewährten Methoden, mit denen wir bisher auf der gesamten, so ungeheuer breiten Front der sozialistischen Bewegung mit dauernd gutem Erfolg gearbeitet haben. Man mag es für eine Schulmeisterei halten. Allein, es ist doch so, daß für die Entwicklung des Ganzen das gleiche gilt, was für die Entwicklung des einzelnen als Grundsatz der Methodik Selbstverständlichkeit ist: Vom Leichterem zum Schwereren vorwärtsschreiten! Setzen wir in Zeitläuften wie den jetzigen nicht zu große Hoffnungen darauf, mit lauter Geschwindigkeit und Geschicklichkeit und «ganz gewaltigen Mitteln» daneben, das Schweizervolk dazu zu bringen, Entwicklungsperioden zu überspringen. Wer es unternimmt, das Unmögliche mit Gewalt durchzwängen zu wollen, wird in den meisten Fällen verfehlen, das Mögliche und Erreichbare zu verwirklichen.

Das Mögliche und Erreichbare auf dem Gebiet des Antimilitarismus liegt heute noch vorwiegend in der Propaganda. Diese Propaganda kann geschickter und weniger geschickt sein. Sie kann mehr oder weniger darauf ausgehen, im Volk ein Echo zu wecken. Je nachdem wird sie die herrschenden Parteien unter den Zwang stellen, mehr oder weniger darauf Rücksicht zu nehmen, das heißt, mehr oder weniger außerordentliche Militärkredite zu verlangen und die ordentlichen, budgetmäßigen Militärausgaben mehr oder weniger zu reduzieren. Wenn es uns in einer Zeit wie der jetzigen gelänge, eine Reihe von neuen Militärforderungen zurückzudrängen oder zu verhindern und dafür des Volkes Stimmung und Gesinnung auf unserer Seite zu haben, so wäre im Kampfe wider den Militarismus zweifelsohne viel mehr erreicht, als wenn wir, alles auf eine Karte setzend, dem Gegner wegen der Uebersetztheit der Forderung einen leichten und starken Sieg ermöglichen, einen Sieg, aus dem der Militarismus auf ein oder zwei Jahrzehnte hinaus die Legitimation ableitete, eine Rüstungsvorlage über die andere zu bringen.

Außer diesen Gesichtspunkten fallen noch eine Reihe weiterer in Betracht. Vor allem sollten wir uns der internationalen Bedingtheit dieser Probleme bewußt bleiben. Ein Augenblick wie der jetzige, da der Rüstungswahnsinn in einigen unserer Nachbarländer wahre Orgien feiert, findet kaum die psychologischen Voraussetzungen dazu, eine Mehrheit der Schweizer Stimmberechtigten zur völligen Abrüstung zu führen. Das Ge-

genteil ist vermutlich der Fall. Wer den letzten Feldzug der Sozialdemokratischen Partei gegen die Militärflugzeugkredite mitgemacht hat, macht sich darüber gar keine Illusionen. Wir haben keine Ursache, uns selber darüber zu täuschen. Der Besuch der Versammlungen ließ, gemessen an dem propagandistischen Aufwand, sehr zu wünschen übrig. Dabei haben wir nun das Terrain hinlänglich kennengelernt. Eine Aktion wie die von Genosse Dr. Frank vorgeschlagene verbietet sich aufs entschiedenste. Unsere Militaristen um Minger herum wünschten sich in diesem Augenblick kaum etwas Besseres. Kommen alle Begehren um Reduktion der Militärausgaben unseren bürgerlichen Politikern sehr ungelegen — wer den parlamentarischen Vorgängen auf den Grund sieht, hat im letzten Jahrzehnt oft beobachten können, wie sehr unsere Haltung diejenige der bürgerlichen Fraktionen beeinflußt hat —, so könnten sie umgekehrt zur Belebung bürgerlicher Parteipropaganda und zur Aufrischung des Ansehens des Militärwesens insgesamt kaum etwas Besseres sich wünschen als eine sozialdemokratische Totalabrüstungsinitiative.

Nichtsdestoweniger bin ich davon überzeugt, daß die Schweiz in einer, vielleicht nicht gar zu fernen Zeit, in Uebereinstimmung mit den skandinavischen und vielleicht noch einigen weiteren Kleinstaaten, bahnbrechend im Abbau des Militärwesens vorangehen wird. Erwarten wir die weitere Kräftigung der sozialistischen Bewegung in den großen Industriestaaten, lassen wir den Zeitpunkt kommen, da neue internationale Abrüstungskonferenzen, gestützt auf eine andere Verteilung der gesellschaftlichen Machtverhältnisse, zu wirklichen Abrüstungs-Taten führen und nicht bloß zu nichtigen Abrüstungsphrasen und Kriegsächtungsresolutionen, hinter denen heute die heimliche und öffentliche Aufrüstung aufs schamloseste betrieben wird! Seien wir uns dessen klar, daß eine schweizerische Gesamtabrüstung aus volkpsychologischen und machtpolitischen Gründen ein Maß der internationalen Abrüstung und der Sicherung des Friedens voraussetzt, wie sie heute nicht gegeben sind. Dies verkennen, führt die Ideen der Abrüstung und des Antimilitarismus in schwere Niederlagen hinein und nicht zu Erfolgen, schädigt sie und schwächt sie für eine längere Zeit, statt sie zu stärken. Man lasse heute eine Totalabrüstungsinitiative mit 230,000 Ja gegen 700,000 Nein durchfallen, um sich davon zu überzeugen, daß mit einem solchen Volksentscheid nach der Meinung der obsiegenden Militaristen nicht bloß die Abrüstung verworfen ist, sondern auch soundso viel neue Rüstungsbegehren die Sanktion des Volkes erhalten haben!

Bei dieser Grundeinstellung erübrigt sich, die Frankschen Vorschläge noch in ihren Einzelheiten zu diskutieren, obgleich



gerade auch manche dieser Einzelheiten im höchsten Grade anfechtbar erscheinen. Zu den Fehlern in den Fundamenten dieser Vorschläge gehört m. E. der krasse Widersinn, daß man einerseits von einer partiellen Abrüstung nichts wissen will, sondern sie grundsätzlich verwirft, andererseits aber doch die Brachialgewalt nicht prinzipiell leugnet, sie nicht völlig beseitigt, sondern in einem mit Polizeifilzhelm, mit Gummiknüppel und Revolver ausgerüsteten Polizeihilfskorps von zwanzigtausend Mann. genannt Volkswehr, beibehalten will.

Da auch Genosse Dr. Frank die Unmöglichkeit einsieht, sofort die Brachialgewalt in allen ihren Formen abzurüsten, so hätte es doch näher gelegen, auf die radikale Fiktion einer Totalabrüstung zu verzichten zugunsten einer teilweisen Abrüstung der heutigen militarisierten Massen, wie sie manchen unserer sozialdemokratischen Soldaten und Offiziere vorschwebt. Das hat den Vorteil der Konsequenz und der Einfachheit, der sachlichen Richtigkeit wie der propagandistischen Erleichterung, kurzum, alle Gründe sprechen für Vorschläge dieser Art.

Für im höchsten Maße gefährlich und ganz unannehmbar halte ich den Vorschlag des Genossen Dr. Frank, das Milizheer total abzurüsten, die privaten Schützengesellschaften aber in Form von Schießsportvereinen weiterbestehen zu lassen. Diese privaten Wehrorganisationen werden mit ihrem in unserem Lande so überaus starken numerischen Bestand und ihrer guten Bewaffnung und Führung in der Hand reaktionärer militärischer Führer — und es gibt deren übergenug! — ein Machtinstrument allerersten Ranges und so eine enorme Gefahr bilden für die faktische Abrüstung, Entwaffnung und Befriedung. Hier handelt es sich offensichtlich um Entwicklungen, die in der Armee sowohl wie in den Wehrorganisationen aller Art parallel laufen müssen, wenn sie nicht bloß Scheinerfolge bleiben sollen. Eine gegen den Widerwillen und gegen die heftigste Opposition eines Volksteils erzwungene Totalabrüstung der Armee bei Aufrechterhaltung (und wie zu erwarten ist: stärkerer Betätigung der privaten Schießvereine) wäre viel schlimmer als keine Abrüstung und würde zur ständigen Gefahr für die demokratischen Einrichtungen des Landes. Auch eine sozialistische Volks-, Parlaments- und Regierungsmehrheit könnte die Totalabrüstung nicht um den Preis der Anarchie vollziehen und erzwingen. Es müßte ihr genügen, in Uebereinstimmung mit einer gleichgerichteten internationalen Entwicklung die äußersten Garantien gegen das Kriegsverbrechen zu schaffen, die partielle Abrüstung soweit als irgendwie möglich durchzuführen, die Ausgaben für den Rest einer staatlich-demokratischen Wehrorganisation aufs äußerste zu reduzieren. Sie könnte hierin um so weiter gehen, je größere Er-

folge die gleichzeitige Abrüstung des privaten Schießprügels erzielte.

Den Einfall unseres Genossen Frank, Krieg und Militarismus mit einem Paragraphen rein juristisch aus der kapitalistischen Gesellschaft hinauskomplimentieren zu wollen, halte ich — er verzeihe mir das Wort — für die Illusion eines paragraphengläubigen Juristen. Auf den Paragraphen würde es gewiß auch ankommen, aber erst in allerletzter Linie, das heißt, wenn die Voraussetzungen dafür geschaffen sein werden, daß der Paragraph nicht bloß ein Schemen, sondern gesellschaftliche und politische Macht sein kann.

Das Hauptproblem aber in allen diesen Dingen, das *Problem der politischen Macht*, hat Genosse Dr. Frank ganz und gar außer Betracht gelassen. Darum endet er bei der grotesken Illusion, mit einem einer widerstrebenden Volksmehrheit abgerungenen Strafgesetziparagraphen ein einfallendes Heer zu Paaren zu treiben und bestrafen zu können. Die Jurisprudenz an dieser Konstruktion ist gut, und Genosse Dr. Frank hat ja den Paragraphen auch schon entdeckt, mit dem er das Wunder vollbringen will. Er hat dabei bloß übersehen, daß, *solange in einem Lande, wie bei uns, eine starke bürgerliche Mehrheit die Staatsmacht in Händen hält, dem Frankschen Paragraphen die Machtgrundlage und damit das Fundament fehlt!* Also ein Paragraph mehr, hinter dem keine Exekutivgewalt steht, die ihn ausführt! Und nicht einmal Genosse Frank, als Bundespräsident an der Spitze seiner 20,000 Mann Volkswehr, vermöchte den Paragraphen gegenüber der einbrechenden Armee zur Anwendung zu bringen. Nein, diese Probleme gehen viel tiefer. So einfach, wie Genosse Frank sich vorstellt, ist die Sache nicht! Unsere Partei wird darum seinen Vorschlag ablehnen.

---

## Hakenkreuz über Sachsen.

Von A. Gurland (Berlin).

Nach dem Ergebnis der Gemeindewahlen vom November 1929 kann der Ausgang der sächsischen Landtagswahlen vom 22. Juni keine große Ueberraschung hervorrufen. Die Verschiebungen im Lager der proletarischen Parteien sind nicht wesentlich. Die *Kommunisten* haben gegenüber den Landtagswahlen vom 12. Mai 1929 etwa 10,000 Stimmen gewonnen und damit die schmale Wählerschicht zum größten Teil wieder erobert, die sie im vergangenen Jahre an die kommunistische Rechtsopposition (Richtung Brandler) abgegeben hatten. Die *Sozialdemokratie* hat etwa 50,000 Stimmen oder etwa 5 Prozent